

war: „Der Deutsche Orden in der großen Stadt im Deutschen Reich“. Der Leiter des Deutschordenszentralarchivs, P. Dr. Bernhard Demel OT (Wien), beschloß mit dem noch wenig erforschten Thema „Der Deutsche Orden in den protestantischen Reichsstädten“ (z. B. Frankfurt, Heilbronn, Nürnberg, Regensburg, Speyer und Straßburg) die Reihe der Vorträge. Sie sollen in den „Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens“ veröffentlicht werden.

Der Großteil der Referenten und Gäste nahm am 28. September die Gelegenheit zur Busfahrt nach Marienburg wahr, um sich hier, eingeführt durch den Kunsthistoriker Doz. Dr. Marian Arsyński (Thorn) und örtliche Fachleute, über den neuesten Stand der Restaurierung dieses Zeugnisses europäischer Baukunst eingehend zu informieren. Auf der Rückreise reichte die Zeit noch, um im Abendlicht die Domkapitelsburg samt dem berühmten Danzker in Marienwerder und die Kirche des pomeranischen Domkapitels mit den teilweise zerstörten Hochmeisterbildern im Hochchor und der Klausur der heiligen Dorothea von Montau in Augenschein zu nehmen.

Mit der Besichtigung der Stadt Thorn und deren Ausgrabungen aus der Ordenszeit, aber auch den übrigen Sehenswürdigkeiten (z. B. Rathaus, Geburtshaus des Copernicus etc.) unter der sachkundigen Anleitung Arsyńskis, einem Besuch in der dortigen Universitätsbibliothek mit ihren Zimelien und Dokumenten zur Ordensphase – eigens zu einer kleinen Ausstellung im Lesesaal ausgewählt – und Beratungen für die Ausstellung „800 Jahre Deutscher Orden“ 1990 im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg schloß am 29. September das Programm der zweiten Kommissionstagung in der Universitätsstadt an der Weichsel.

Die nächste Tagung der Kommission ist für Ende Juni/Anfang Juli 1990 in Nürnberg geplant im Zusammenhang mit der Eröffnung der Ordensausstellung. Der Vorstand der Kommission wurde wiedergewählt: Prof. Dr. Udo Arnold/Bonn (Präsident), Prof. Dr. Marian Biskup/Thorn (Vizepräsident), P. Dr. Bernhard Demel OT/Wien (Schriftführer), Staatsarchivdirektor Dr. Alois Seiler/Ludwigsburg (Schatzmeister), Dozent Dr. Zenon Hubert Nowak/Thorn (Beisitzer). Neue Mitglieder aus verschiedenen Ländern wurden zugewählt.

Bonn/Wien

Udo Arnold/Bernhard Demel

Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrats 1989

Die vom 5.–7. April 1989 in Marburg abgehaltene Wissenschaftliche Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrats stand unter dem Thema: „Das Auseinanderdriften Mitteleuropas in den letzten vier Jahrzehnten. Über die Vereinbarkeit gewachsener Strukturen in Ost und West.“

Nach den Begrüßungsworten des Präsidenten des J. G. Herder-Forschungsrats, Prof. Dr. Gotthold Rhode (Mainz), behandelte Alexander Ushakov (Köln) in seinem einleitenden Grundsatzreferat „Politische Systeme und Herrschaftsstrukturen“, wobei er sich ganz auf die jüngste Entwicklung in der Sowjetunion konzentrierte. Seiner Ansicht nach hat der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbachev inzwischen unter fast vollständigem Verzicht auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus und mit der Parole „Jetzt oder nie“ die innenpolitische Stagnationsphase des Landes unter Leonid Breznev und seinen Nachfolgern anscheinend hinter sich gelassen, ohne allerdings vorerst an der Grundstruktur des Sozialismus etwas ändern zu können. Seine Reformpolitik stößt vielmehr angesichts der überkommenen Gegebenheiten vor allem seitens der etablierten Führungsschicht in Partei und Staat auf erhebliche Widerstände; eine Rückkehr zum Stalinismus scheint dennoch kaum möglich.

Am folgenden Vormittag eröffnete Horst Förster (Bochum) die Reihe der Vorträge mit einem Beitrag über „Kulturlandschaftliche Veränderungen als Folge staatlicher Raumwirksamkeit nach 1945 (Beispiel: Nordböhmen und Nachbargebiete)“, in dem er die sozioökonomische und soziogeographische Situation in dieser Region vor und nach 1945 miteinander verglich. Danach erwies sich die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus diesem Raum als die entscheidende Wende zugunsten einer vermeintlich volkswirtschaftlichen Erfordernissen folgenden Raumplanung nach sowjetischem Muster. Im nordböhmischen Braunkohlrevier wurden in der Nachkriegszeit alle verfügbaren „Produktivkräfte“ derart konzentriert, daß die Umwelt überaus stark belastet und die Landschaft z.T. bereits zerstört worden ist. Erst in jüngster Zeit ist bei den Verantwortlichen ein gewisses Umdenken erkennbar; historische Stadtkerne – wie z. B. in Teplitz – werden mittlerweile „reaktiviert“, der Bau von Wohnblocks allmählich eingestellt.

Daran anschließend beschrieb Karl-Eugen Wädek in (Starzach) „Politisches und Ökonomisches im jüngsten Wandel mittel- und osteuropäischer Agrarstrukturen“ und unterzog zunächst die Auswirkungen der Kollektivierung der Landwirtschaft in den einzelnen Ländern und Regionen östlich von Elbe und Böhmerwald vergleichender Betrachtung. Nach einer Serie von Mißernten hat die Sowjetunion spätestens seit 1963 ihre Vorreiterrolle auch auf dem agrarischen Sektor eingebüßt. Inzwischen entsprechen die in den ostmitteleuropäischen Staaten erwirtschafteten Erträge in etwa gesamteuropäischem Standard, liegen jedoch weit höher als diejenigen der östlichen Führungsmacht. Nichtsdestoweniger stehen Kosten und Ertrag auf dem Gebiet der Landwirtschaft bis heute allenfalls in Ungarn und in den baltischen Sowjetrepubliken mit ihren starken genossenschaftlichen Traditionen in einem volkswirtschaftlich einigermaßen vertretbaren Verhältnis zueinander.

In seinem Referat „Wirtschaftssysteme in West- und Ostmitteleuropa“ bezeichnete Gernot Gutmann (Köln) die ökonomische Umorientierung des östlichen Europa von Westen nach Osten, die Einführung der „Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs“ (Thalheim) und die 1948 in Ostmitteleuropa einsetzende Planwirtschaft als die entscheidenden Faktoren der wirtschaftlichen Spaltung des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß im Osten im Gegensatz zur prinzipiell uneingeschränkten Entscheidungsfreiheit der Unternehmen im Westen wirtschaftliche Prozesse von der politischen Führungsspitze (z. B. in Form staatlicher Fixierung der Preise) „organisiert“ werden. Oberstes Ziel ist stets die Planerfüllung. Inzwischen läßt sich – trotz aller spektakulären Reformbestrebungen wie zuletzt der „perestrojka“ Gorbatschows – wiederum im Kontrast zum fortschreitenden ökonomischen Integrationsprozeß im westlichen Europa auch innerhalb des sozialistischen Lagers ein gewisses Auseinanderdriften beobachten.

Am Nachmittag behandelte Helmut Slapnicka (Linz) zunächst die „Rechtsentwicklung im gespaltenen Europa. Grundsätzliches und Gemeinsames“. Parallel zur gegensätzlichen Entwicklung der Wirtschaftssysteme vollzog sich zunächst auch auf dem Gebiet des Rechtswesens die Ablösung traditioneller Formen durch die Rezeption sowjetischer Vorbilder, die über den Tod Stalins hinaus richtungweisend blieben. Lediglich Polen und die Tschechoslowakei vermochten im Kirchen- bzw. Zivilrecht ihre überkommenen Rechtsformen zu wahren. In jüngerer Zeit machen sich jedoch auch auf anderen Gebieten Annäherungstendenzen an westliche Rechtsvorstellungen sowie eine allmähliche Versachlichung des Rechtswesens geltend. In Bezug auf das Verständnis der Menschenrechte und vor allem des Eigentumsrechts bleiben jedoch zwischen Ost und West nach wie vor fundamentale Unterschiede bestehen.

Anschließend beleuchtete Gabriel Adriányi (Bonn) „Das Verhältnis der katholischen Kirche Osteuropas zum Westen nach dem Zweiten Weltkrieg“. Während vor dem

Kriege fast alle ostmitteleuropäischen katholischen Theologen in Westeuropa ausgebildet wurden und regelmäßige Pilgerfahrten nach Rom die Regel waren, erfolgte nach 1945 ein jäher Abbruch aller traditionellen Bindungen. Die päpstlichen Nuntiaturen in Budapest, Prag und Warschau wurden geschlossen; die katholische Kirche in den Ländern Ostmitteleuropas verlor ihre Autonomie und geriet in fast vollständige Isolation. In wissenschaftlich-theologischer Hinsicht fiel sie daher mindestens zwei Jahrzehnte hinter die westeuropäische Entwicklung zurück und bietet heute in der Regel ein äußerst konservatives Bild. Erst seit 1953/56 richteten sich Staat und Kirche auf eine längere Koexistenz ein. Während jedoch die Katholiken in Polen fast vollständige, in Ungarn wenigstens eine eingeschränkte Freiheit genießen, werden sie in der Tschechoslowakei, besonders aber in Rumänien weiterhin erbarmungslos unterdrückt.

In seinem Beitrag „Charakteristika der Entwicklung und der gegenwärtigen Gestalt des Bildungswesens in Mitteleuropa im inter- und intrasystemaren Vergleich“ beschrieb Siegfried Baske (Berlin) die gegensätzliche Entwicklung des Bildungswesens in Ost und West – besonders hinsichtlich der beiden deutschen Staaten – in historischer Perspektive. Während unmittelbar nach Kriegsende auf beiden Seiten eine Überwindung der nationalsozialistischen Pädagogik im Geiste eines christlichen Humanismus angestrebt wurde, erfolgte 1948 im östlichen Mitteleuropa ein von Moskau gelenkter entschiedener Umbruch, in dessen Folge das gesamte Bildungssystem auf eine Übernahme des sowjetischen Modells mit seiner hierarchischen Leitungsstruktur, seinem Egalitätsprinzip und der Ausrichtung des Bildungswesens auf die wirtschaftlichen Erfordernisse umgestellt wurde, dem allerdings schon seit den fünfziger Jahren vor allem in Polen und Ungarn in Familie und Kirche starke Gegenkräfte entgegenwirkten. Mit der „technisch-wissenschaftlichen Revolution“ der sechziger Jahre verlor das sowjetische Modell weiter an Attraktivität; inzwischen beginnt auch die Förderung der Begabten das Egalitätsprinzip in Frage zu stellen.

Am letzten Tag sprach zunächst Ferdinand Seibt (Bochum) über das Thema: „Die Geschichtswissenschaft in der Katastrophe Mitteleuropas 1938–1988. Deutsche und Tschechen als Beispiel.“ Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren sowohl auf tschechischer als auch auf deutscher Seite ein wahrer Boom an historiographischer Produktion eingesetzt hatte, erfolgte 1948 in der Tschechoslowakei durch die Vernichtung der „bourgeois Geschichtswissenschaft“ ein radikaler Schnitt, den nur wenige Gelehrte überdauerten. Eine neue, ganz den Maximen des Marxismus-Leninismus verpflichtete Historikergeneration betrat die akademische Arena. Seit 1964 einsetzende vorsichtige Kontakte zu aus den böhmischen Ländern stammenden deutschen Historikern wurden im August 1968 durch die Intervention von Truppen des Warschauer Paktes rigoros unterbunden. Seither verharrt eine qualitativ deutlich mindere offizielle Geschichtsschreibung wie seit Palacký weitgehend in den Spuren nationaler Selbstdarstellung. Erst in jüngster Zeit erscheint „Mitteleuropa“ als historiographischer Gegenstand, wohingegen das Vertreibungsthema nach wie vor verdrängt und tabuisiert wird.

Daß sich die Musik noch am ehesten als „systemüberwindend“ erweist, war das wichtigste Ergebnis des Vortrags von Detlev Gojowy (Unkel) über „Divergenzen und Konvergenzen. Musikpolitik in Mitteleuropa (Deutschland, Polen, Tschechoslowakei)“. Alle diese Länder gehören zur lateinischen Welt und haben infolgedessen sämtliche Stilepochen gemeinsam durchlebt. Die in Ostmitteleuropa nach 1948 einsetzende Phase „optimistischer, wahrhaft humanistischer und nationaler“ Kompositionen gehört längst der Vergangenheit an, wenn auch die musikalische Avantgarde vor allem in der Tschechoslowakei seit 1968 zahlreichen Restriktionen unterliegt. Auf internationalen Kongressen und Festivals wird seither versucht, an die als verpflichtendes Vorbild angesehenen Entwicklungen im Westen anzuknüpfen.

Die Reihe der Vorträge beschloß Ulrike Bestgen (Wuppertal) mit ihrem Beitrag

über „Stil- und Themenentwicklungen in der Malerei seit 1945. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Polen“. Während die bildenden Künstler in den damaligen Westzonen bestrebt waren, möglichst rasch den Anschluß an die durch die Zeit des Dritten Reiches und den Zweiten Weltkrieg unterbrochenen Strömungen der europäischen Moderne wiederzugewinnen, knüpfte man in der DDR seit 1949 an die Traditionen der zwanziger Jahre an und propagierte die unmittelbare Verbindung von Kunst und Politik. Diesem Programm entsprachen Themen aus der Welt der Arbeit und des „sozialistischen Aufbaus“ in durchgehend naturalistischer Malweise. Nachdem der 1959 proklamierte „Bitterfelder Weg“, der eine Symbiose von Künstlern und Laien stiften sollte, fehlgeschlagen war, setzte seit etwa 1971 auch auf dem Gebiet der bildenden Kunst eine allmähliche Liberalisierung ein, die zu Beginn der achtziger Jahre in der Nachfolge von Max Beckmann und Otto Dix in eine „neo-expressionistische Welle“ mündete. Die polnische Malerei wies von jeher eine größere stilistische Bandbreite auf und hatte schon seit 1949 Kontakte zum Westen aufgenommen.

An alle Referate schlossen sich lebhaft Diskussionen an. Die Referate der Herren Gutmann, Adriányi, Baske und Gojowy sowie von Frau Bestgen werden zusammen in der ZfO veröffentlicht.

Marburg a. d. Lahn

Hans-Werner Rautenberg

42. Baltisches Historikertreffen vom 19.–21. Mai 1989 in Göttingen

Die „neuner“ Jahre bieten immer besonderen Anlaß, um auf der Jahrestagung der Baltischen Historischen Kommission zurückzuschauen: 1889 wurde die Universität Dorpat russifiziert; 1919 setzten sich die baltischen Republiken als unabhängige Staaten nach lebhaften, bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen durch (Schlacht bei Wenden vom 22. Juni); 1939 schließlich wurden die Deutschbalten nach der Aufteilung Ostmitteleuropas in Interessensphären in unmittelbarer Folge des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August zur sogenannten „Umsiedlung“ veranlaßt. Bis zum Dezember 1939 befanden sich bereits etwa 13700 Estländer und knapp 53000 Lettländer als „Volksdeutsche“ im Machtbereich des nationalsozialistischen Deutschland und wurden auf Befehl des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“, Heinrich Himmler, nahezu vollständig in Polen angesiedelt, das gerade seine vierte Teilung erlebte. Vom „Warthegau“ und von „Westpreußen“ aus nahmen fünf Jahre danach die Deutschbalten wie andere Volksdeutsche und Reichsangehörige auch an der millionenfachen Fluchtbewegung nach Westen teil.

Im Mittelpunkt des 42. Baltischen Historikertreffens stand die Rückbesinnung auf die Ereignisse vor 50 Jahren. Im Zusammenwirken mit der Georg-August-Universität und der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen konnte jedoch in deren Räumen während des Historikertreffens eine Ausstellung eröffnet werden, an deren Zustandekommen die Baltische Historische Kommission maßgeblich beteiligt war und die sich auf vielfältige Verbindungen zwischen der aufstrebenden Universität Göttingen und den Ostseeprovinzen im 18. und frühen 19. Jh. bezog. Schon 1987 hat es in Dorpat/Tartu aus Anlaß des 250jährigen Jubiläums der Georgia Augusta eine Ausstellung in der Universitätsbibliothek Tartu gegeben. Dieses ferne Gedenken hatte in Göttingen Aufsehen erregt und führte nunmehr zur Göttinger Ausstellung vom 19. Mai bis 16. Juni 1989. Ein in Dorpat hergestellter Katalog von 76 Seiten, bearbeitet von Arvo Tering, der auch für die beiden Ausstellungen verantwortlich war, kann bis auf weiteres gegen eine Vorauszahlung von DM 10,—, inclusive Porto, über Dr. Gert von Pistohlkors, Münchhausenstr. 12, 3400 Göttingen, bezogen werden.